

Wilsdruffer Tageblatt

Jernsdrucker Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Bestellen Sie mit Rücksicht auf den 1. September nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bestellungen bei Wilsdruff monatlich 20, durch Ihren Kurierträger zu tragen in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 25. Durch die Post bezogen monatlich 20, mit Zustellungsgeld. Alle Postgebühren und Postkosten sowie andere Kosten und Gebühren sind dem Besteller zu zahlen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle ist der Besteller für die Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bestellers verantwortlich.



Interimistischer 20. Nr. 10. Die 6. Ausgabe der Zeitung oder deren Raum, Namen, die 2. Ausgabe der Zeitung 20. Die 1. Ausgabe der Zeitung 20. Die 2. Ausgabe der Zeitung 20. Die 3. Ausgabe der Zeitung 20. Die 4. Ausgabe der Zeitung 20. Die 5. Ausgabe der Zeitung 20. Die 6. Ausgabe der Zeitung 20. Die 7. Ausgabe der Zeitung 20. Die 8. Ausgabe der Zeitung 20. Die 9. Ausgabe der Zeitung 20. Die 10. Ausgabe der Zeitung 20.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöffig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 223

Sonnabend den 23. September 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Holzversteigerung auf Tharandt und Spechtshausener Forstrevier. Gasthaus zum Amtshof, Tharandt, Mittwoch, den 27. September 1922, vormittags 9 Uhr.

Tharandter Revier: 197 m. Stämme bis 87 u. m. cm, 15 f. Schleifklöße 8/12 cm, 38 m. und 2 ht. Klöße 13/30 u. m. cm, 80 f. Derbstangen 8/11 cm, 6550 f. Reisfängen 2/7 cm. Abt. 4, 11, 12, 24, 26, 27, 29, 31, 33, 37, 50, 57 und 59.

Spechtshausener Revier: 315 m. und 3 ht. Stämme bis 29 cm, 4 m. und 22 ht. Klöße 7/52 cm. Abt. 31, 34, 36, 38, 43 und 48.

Forstrevierverwaltung Tharandt und Spechtshausen. (N. D. 22912)

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichskanzler Dr. Brüning erklärte in einer Unterredung, bei der schlechten Ernährungslage Deutschlands drohe eine soziale Revolution, falls keine Entlastung eintrete.
- * Sowohl Reichskanzler Dr. Brüning wie Reichsfinanzminister Dr. Hersemann begeben sich auf etwa 14 Tage in Urlaub.
- * Die Reichsbank hat ihren Wechselkurs von 7 auf 8 Prozent, den Lombardzinsfuß von 8 auf 9 Prozent erhöht.
- * Die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien wurde auf dem Parteitag der Reichssozialdemokraten in Augsburg einstimmig angenommen.
- * In Paris beschlossen die Regierungsbereiter Englands, Frankreichs und Italiens die Einberufung einer Orientkonferenz angesichts des Vormarsches des Türkenheeres.
- * Die Truppen Kemal Paschas drängen gegen die Dardanellen vor und drohen mit dem Übertritt. In England herrscht ungeheure Erregung.

Die Drohung des Orients.

Der englische Außenminister Lord Curzon, der italienische Graf Sforza und der französische Ministerpräsident trafen in Paris zusammen und wurden sich dahin einig, daß angesichts der Vorgänge in Kleinasien eine Konferenz einzuberufen sei, auf der England, Italien, Frankreich, Japan, Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und die Türkei vertreten sein sollen.

Die Kette der Friedensverträge, die den besiegten Mittelmächten auferlegt wurden, hatte zum Ziel eine gründliche Umförmung des alten Gleichgewichts der Mächte in Europa und eine Schmälerung oder Vermehrung ihrer Beteiligung. Die künstliche Schaffung von Staaten wie Polen, Südslawien, Tschechien, die Vermehrung des französischen und im Nahen Osten des griechischen Einflusses ist aber der Herd dauernder Unruhen und wirtschaftlichen Verfalls gewesen. Zwar hielt Deutschland zunächst als Mitbestimmter aus, aber politische Habsriebe konnten die größte Werft Europas nicht vernichten, und da das nicht gelang, wird Deutschland allmählich auch wieder ein politischer Faktor werden, nachdem seine wirtschaftliche Lage und jede seiner Armeen heute schon ganz Europa und die Weltwirtschaft lähmt. Der Versailler Vertrag ist durchlöcherig worden durch die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Der Vertrag, der nach Englands Wünschen die türkische Gefahr oder vielmehr das Wiedererwachen des Islams verhindern sollte, also der Vertrag von Sevres, hat aufgehört zu bestehen.

Ein Pariser Blatt hat ganz naiv aber folgerichtig geschrieben, daß die Türken heute militärisch kräftig seien, müsse man mit ihnen verhandeln und den Friedensvertrag den Wirklichkeiten anpassen. Für Frankreich, den großen Gegenpieler gegen England, ist die orientalische Frage deshalb wichtig, weil ihre Lösung im englischen Sinne England größere Kraft in europäischen Angelegenheiten verschaffen würde. Andererseits sieht England sein ganzes Kolonialsystem bedroht, wenn der Weg nach seinem Kronjuwel Indien beherrscht wird von Türken und bedroht wird von den Russen, die wie das Weispringen Radschans, des Lenkers der auswärtigen Politik der Sowjets, beweist, mit den Türken von Angora unter einer Decke reden. Als am 16. September Lloyd George kriegerische Töne gegen die siegreichen Türken ausließ und sich der militärische Apparat Britanniens langsam auf einen bewaffneten Zusammenstoß einstellte, stieß er auf einen sehr unerwarteten aber unüberwindlichen Widerstand. In Paris erklärte man, Konstantinopel sei nicht tabu. Man hätte an einem Gibraltar genug. Freiheit der Meerengen unter Englands Herrschaft wäre unerträglich. Die Lösung der französischen Truppen aus der sogenannten neutralen Zone, die lediglich auf Grund des überlebten Sevresvertrages besteht, kennzeichnete den Ernst der Lage. Italien sprang Frankreich bei und will jetzt sogar seine Truppen aus Konstantinopel zurückziehen. England war also tatsächlich isoliert und galt als Feind des Islam. Zwar hat es den „heiligen Krieg“ nicht zu fürchten, da die Moslems Ägyptens und Indiens nur hart in Worten sind, aber immerhin war England in seiner ganzen Orientpolitik gelähmt und unfruchtbar geblieben. Das Verbleiben auf die neutrale Zone, die kriegerischen Drohungen, sind in sich selbst gescheitert. Lord Curzon, der Außenminister des Lloyd George-Kabinetts, der ehemalige Vizekönig von Indien, weiß, um was es geht. Er hat erleben müssen, wie seit dem glänzenden Durchbruch von Delhi, wo im Jahre 1903 der britische Vizekönig als Statthalter Edwards ganz Indien zu Füßen lag, der Panislamismus und die pan-

statistische Bewegung Indien zu einem neuen Irland gemacht haben und die Orientalen im türkischen Kalifat zu Konstantinopel ihr Rom sehen. Er hat erleben müssen, daß das Konkurrenzunternehmen, das arabische Kalifat auf Geheiß Englands, unwirksam blieb. Und er weiß, welche Gefahr für die langsam errichtete Brücke von Gibraltar über Ägypten und das englisch-jonische Palästina und Persien nach Indien besteht, falls es zu einer Katastrophe auf dem Balkan und zu einem Zusammenbruch der Mächte kommt.

Ganz plötzlich also riegelte England seine Politik ab und Lord Curzon erschien plötzlich in Paris, Lloyd George ließ sich selbst widerlegen und England schien friedlich. Eine Orientkonferenz steht bevor. Auf ihr ist England vereint und auf ihr muß und wird England sich üblich unterwerfen müssen. Kemal aber, der Überwinder der britischen Politik, ist ein zu gerissener Politiker, als daß er die Hand der Versöhnung ausstrecken würde. Er wird ein gutes Kompromiß einheimischen, weil sich durch den Sieg der türkischen Waffen die Machtverhältnisse in Vorderasien gründlich geändert haben. Heute spricht man bereits offiziell von der Rückgabe Konstantinopels und Adrianopels an die Türken, da der Franzosengeneral Foch und der englische Kriegsmann Beatty ein militärisches Eingreifen für schwierig halten. Die Entwicklung kehrt also in einem Brennpunkte der Weltpolitik dahin zurück, daß das alte Gleichgewicht wieder hergestellt wird, und zwar nach einem blutigen, zerrüttenden und nutzlosen Umwege über die Friedensverträge des Unfriedens.

Das Türkenheer an den Dardanellen.

Befürchtungen vor dem Übergang.

Der in Konstantinopel befindliche englische General Townshend hat erklärt, eine Verlängerung der Besetzung Konstantinopels würde den heiligen Krieg bedeuten. Es wäre unmöglich, aus der Stadt ein neues Suez und Gibraltar zu machen. Großbritannien könne den Frieden in Indien, Mesopotamien und Palästina nur aufrechterhalten, falls Konstantinopel geräumt und Thrazien bis zur Markagrenze den Türken zurückgegeben würde.

Generalmajor Frederic Maurice drahtet nach London aus Konstantinopel, die türkische Kavallerie an der Grenze der neutralen Zone auf der asiatischen Seite der Dardanellen nehme an Stärke zu. Die türkischen Streitkräfte sammelten sich nach und nach und würden zu einer Bedrohung der Besetzung der asiatischen Küste.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Konstantinopel meldet, der Vertreter der Angora-Regierung habe ihm erklärt, daß er den General Harrington benachrichtigt habe, die Türken hätten die Absicht, über die Dardanellen zu gehen, um den Malfakres, die die Griechen in Thrazien anrichteten, ein Ende zu machen. Die türkischen Truppen würden nicht auf die Alliierten schießen, vorausgesetzt, daß sie von den letzteren nicht angegriffen werden.

Kemals Entschlossenheit.

Auf die Warnung des englischen Oberkommandierenden von Konstantinopel vor einem Angriff auf die neutrale Zone, hat Kemal Pascha erwidert: Wenn die Alliierten den Griechen gestatteten, durch die Dardanellen zu fahren und von ihren Schiffen aus türkische Orte zu bombardieren, so müsse er unbedingt darauf bestehen, daß man auch den Türken erlaube, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um diesen Angriffen zu begegnen. Wenn man ihm weiterhin verweigere, die Dardanellen zu benutzen, so werde er das als einen feindseligen Akt Englands betrachten. Die Stadt Phanerama im Operationsgebiet steht, mit Ausnahme von vielleicht 100 Häusern, vollkommen in Flammen. Der Westbahnhof ist zerstört, ebenso die Ottomantische Bank. Man meldet viele Verletzte aus der Zivilbevölkerung.

Die Erregung in England nimmt ständig zu. Die Proteste der Arbeiterschaft gegen einen Krieg mehren sich. Ramsay MacDonald und Smillic haben anlässlich einer Arbeiterkundgebung Lloyd George als eine öffentliche Gefahr für den Frieden der Welt bezeichnet und sofortige Neuwahlen zur Verrückung der gegenwärtigen Regierung gefordert.

Sachlieferungsverträge mit Frankreich.

Zulassung deutscher Arbeiter.

Das bekannte sächsisch-französische Sachlieferungsabkommen nach dem Muster der Stinnes-Konvention hat auf deutscher Seite die Commerz- und Privatbank in Stuttgart als

Küßendeckung und auf französischer Seite die Bank von Paris. Die Lieferungen, die einen Mindestbetrag von zweihundert Millionen Franken erreichen sollen, werden im Rahmen des Wiesbadener Vertrages ausgeführt; sie sollen in Frankreich nur den Mindestlohn tragen.

Von einem weiteren Sachlieferungsabkommen macht die Firma Lehrer-von-Siemens, Vereinigte Baustoff-Industrien, Berlin und Düsseldorf, Mitteilung. Der Vertrag ist in Paris mit der „Chambre Syndicale des Constructeurs en Ciment Armé“ abgeschlossen worden, der 88 große und größere französische Baufirmen angehören sollen. Nach diesem Abkommen wird die Lehrer-von-Siemens-Kommanditgesellschaft als Sammlerin und Vermittlerin der französischen Aufträge, deren Vergütung in einer besonderen französischen Beschäftigungsgesellschaft zentralisiert wird. Die französische und die deutsche Gruppe bilden eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentreten soll. Die bekannte Kohlenlaufel des Stinnes-Lubersack-Abkommens soll auch auf diesen Vertrag Anwendung finden.

Von der an diesem Vertrage beteiligten französischen Gruppe wird auch die sehr bedeutsame Mitteilung gemacht, daß das französische Wiederaufbauministerium sich grundsätzlich mit der Verwendung von 50 Prozent ausländischer Arbeiter, darunter auch deutscher, einverstanden erklärt habe. Nach dem gegenwärtigen Stande der arbeitenden Pläne soll die Beschäftigung etwa 40 000 deutscher Arbeiter im Wiederaufbaubereich in Frage kommen.

Im Reichsministerium für Wiederaufbau hat eine Besprechung mit dem Vorstande des Verbandes sozialer Baubetriebe stattgefunden. Der Verband ist von dem französischen Komitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zur Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs aufgefordert worden. Die erste Zusammenkunft zwischen den beiden Verbänden wird in den nächsten Tagen stattfinden. Es handelt sich hierbei um selbständige Verhandlungen, die neben dem Stinnes-Lubersack-Abkommen hergehen und in keinerlei Beziehungen zu diesem stehen.

Frankreichs Vorschläge in Genf.

Die Regelung der Kriegsschulden.

Ob Frankreich nun wirklich von seiner bisherigen, den Wiederaufbau Europas aufs schlimmste gefährdenden Politik sich ablenken wird, wie es nach den Erklärungen des französischen Vertreters zu den Anträgen Lord Robert Cecil zu erwarten schien, muß sich in den nächsten Tagen zeigen. In dem Resolutionsentwurf, den der französische Delegierte Senator de Jouvenel im Völkerbund eingebracht hat, heißt es:

In Anbetracht der Tatsache, daß die materielle Abklärung vorher die moralische Abklärung erfordert, und daß diese nur in einer Atmosphäre der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens verwirklicht werden kann, stellt die Völkerbundsversammlung fest, daß dieses Vertrauen unmöglich ist, solange die Palastkrisis das wirtschaftliche Chaos und die Arbeitslosigkeit, an denen die Welt leidet, andauern werden, und daß diese Schäden nur geheilt werden können durch die Beendigung der Unsicherheit, die über die Mittel besteht, mit denen die verwüsteten Gebiete wiederhergestellt werden können, sowie über die Regelung der interalliierten Schulden.

Der Völkerbund wird aufgefordert, im Sinne dieses Programms Maßnahmen zu ergreifen. Wie aus London berichtet wird, hat die Verknüpfung der Frage der interalliierten Schulden mit der Frage der Reparationen, die in den Anträgen Lord Robert Cecil und de Jouvenels enthalten ist, nur dann Aussicht auf Zustimmung der englischen Regierung, wenn Frankreich sich zu einer Räumung des linken Rheinufers entschließt.

Deutschland und der Völkerbund.

Lord Robert Cecil hat aus Genf eine Depesche an den Völkerbundsverein in London gerichtet, in der er mit Bedauern darauf hinweist, daß Deutschland keinen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt habe, der bei der augenblicklichen Stimmung der Völkerbundsversammlung nach Ansicht Cecil zweifellos angenommen worden wäre. Lord Robert Cecil wendet sich dann gegen einen Artikel Dr. Dernburgs, in dem dieser die bisherige ablehnende Haltung Deutschlands gegen den Völkerbund begründet. Cecil schließt, die deutsche Regierung könne der Welt beweisen, daß sie auf Seiten der Demokratie und des Friedens steht, indem sie den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund so bald wie möglich stellt.